

EU-Mitteilung

SPAR- UND INVESTITIONSUNION

cepDossier Nr. 1/2025

Mitteilung COM(2025) 124 vom 19. März 2025: Spar- und Investitionsunion: Eine Strategie zur Förderung des Wohlstands der Bürger und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in der EU

Hintergrund | Ziel | Betroffene

Hintergrund: Seit mehreren Jahren arbeitet die EU an der Etablierung einer Kapitalmarkt- und Bankenunion, jedoch nur mit mäßigem Erfolg. Die EU-Kommission will daher nun einen neuen Anlauf nehmen. Die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen beauftragte die EU-Finanzmarktkommissarin Maria Luís Albuquerque Ende 2024 damit, eine Europäische „Spar- und Investitionsunion“ zu entwickeln, die sowohl den Bankensektor als auch die Kapitalmärkte einschließen soll. Albuquerque soll insbesondere Maßnahmen ergreifen, damit die Bürgerinnen und Bürger besser sparen, Kapital für Innovationen zur Verfügung steht, das Potenzial von „Digital Finance“ gehoben, die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzsektors gestärkt und die nachhaltige Finanzierung der Transformation unterstützt wird.

Ziel: Die Spar- und Investitionsunion soll die Fähigkeit des EU-Finanzsystems stärken, Ersparnisse in produktive Investitionen zu lenken. Sie soll einen Beitrag dazu leisten, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU zu steigern.

Betroffene: Unternehmen des Finanz- und Bankensektors, Finanzaufsichtsbehörden, Unternehmen der Realwirtschaft

Kurzdarstellung

Agenda der EU-Kommission zur Schaffung einer Spar- und Investitionsunion

Am 19. März 2025 veröffentlichte die Kommission in einer Mitteilung einen Katalog an legislativen und nicht-legislativen Maßnahmen, mit denen sie in den kommenden Monaten und Jahren ihrem Zielbild einer Europäischen Spar- und Investitionsunion näherkommen will.

Die folgende Übersicht stellt die geplanten Vorhaben vor, erläutert die vorgeschlagenen Politikmaßnahmen, zeigt auf, inwiefern diese legislativer oder nicht-legislativer Natur sein werden und weist darauf hin, wann die Kommission die entsprechenden Vorhaben angehen will.

Vorhaben	Vorgeschlagene Politikmaßnahmen	Legislativ vs. Nicht-Legislativ	Datum
Spar und Anlagekonten oder -produkte	Die Kommission will ein Europäisches Konzept für Spar- und Anlagekonten oder -produkte auf Basis bestehender bewährter Praktiken schaffen. Sie will eine Empfehlung zur steuerlichen Behandlung von solchen Konten vorlegen.	Legislativ oder nicht-legislativ	Q3 2025
Finanzkompetenz	Die Kommission will eine Strategie zur Stärkung der finanziellen Allgemeinbildung vorlegen, um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Kapitalmärkten zu erhöhen. In der Strategie soll auch der Austausch bewährter Praktiken in den Mitgliedstaaten eine große Rolle spielen.	Nicht-legislativ	Q3 2025
EU-Kleinanlegerstrategie	Die Kommission drängt auf eine Einigung zwischen Europäischem Parlament und Rat über die EU-Kleinanlegerstrategie. Die Kommission droht bei fehlenden Fortschritten im Hinblick auf die Ziele der Strategie damit, die mit der Strategie einhergehenden Gesetzgebungsakte zurückzuziehen.	Legislativ	Fortlaufend
Anlagen von Kleinanlegern in Finanzinstrumenten von EIB, ESM und Co.	Die Kommission will prüfen, ob es Kleinanlegern künftig auch verstärkt erlaubt werden soll in Finanzinstrumente zu investieren, die von der Europäischen Investitionsbank (EIB), dem	Nicht-legislativ	Fortlaufend

	Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und nationalen Förderbanken begeben wurden.		
Private und betriebliche Altersvorsorge (1)	Die Kommission will Empfehlungen abgeben – zur automatischen Anmeldung („auto-enrolment“) in der privaten und betrieblichen Altersvorsorge, und – zu Systemen zur Verfolgung der Rentenentwicklung („pension tracking systems“) sowie zu sogenannten Renten-Dashboards.	Nicht-legislativ	Q4 2025
Private und betriebliche Altersvorsorge (2)	Die Kommission will die Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (IORP-Richtlinie) und die Verordnung über das paneuropäische persönliche Altersvorsorgeprodukt (PEPP-Verordnung) überarbeiten.	Legislativ	Q4 2025
Erleichterung von Eigenkapitalinvestitionen	Die Kommission will Eigenkapitalinvestitionen von institutionellen Investoren ankurbeln. Dazu will sie – für Versicherungen die Kriterien zur aufsichtlichen Behandlung von Eigenkapitalinvestitionen im delegierten Rechtsakt zur Solvabilität-II-Richtlinie überarbeiten, – für Banken Leitlinien zur Inanspruchnahme der günstigen aufsichtsrechtlichen Behandlung von Eigenkapitalinvestitionen im Rahmen von Legislativprogrammen vorlegen, – für Pensionsfonds klären, wie Eigenkapitalinvestitionen mit dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht vereinbar sein könnten, – weitere Hindernisse für den Zugang institutioneller Anleger zu Eigenkapital abbauen.	Legislativ (insbesondere im Rahmen delegierter Rechtsakte) und nicht-legislativ	Q4 2025
Kohärenz zwischen Zielen der Spar- und Investitionsunion und EU-Finanzierungsinstrumenten	Die Kommission will die öffentlichen Finanzierungsinstrumente der EU besser mit den Zielen der Spar- und Investitionsunion in Einklang bringen. Die Maßnahmen der Spar- und Investitionsunion sollen den neuen EU-Wettbewerbsfähigkeitsfonds unterstützen, der im Rahmen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens vorgeschlagen werden soll.	Offen	Fortlaufend
Risiko- und Wachstumskapital (1)	Die Kommission will die EuVECA-Verordnung, mit der ein spezielles EU-Investmentvehikel für Risikokapitalinvestitionen geschaffen wurde, überarbeiten.	Legislativ	Q3 2026
Risiko- und Wachstumskapital (2)	Die Kommission will das Investitionsprogramm TechEU und die European Tech-Champions Initiative 2.0 unterstützen, um Investitionen in Risiko- und Wachstumskapital zu fördern. Die EIB will die Initiative bis 2026 ins Leben rufen.	Nicht-legislativ	2026
Besteuerung	Die Kommission will Unterschiede in nationalen Verfahren zur Besteuerung, die administrative Lasten hervorrufen und grenzüberschreitende Investitionen behindern, beseitigen und Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu diesen Zwecken unterstützen.	Nicht-legislativ (Empfehlungen, Rechtsdurchsetzung)	Fortlaufend
Umsetzung des EU-Listing Act	Die Kommission will bei der Konkretisierung und Umsetzung des jüngst verabschiedeten EU-Listing Act für einfache und aufwandsarme Regeln sorgen.	Legislativ (im Rahmen delegierter Rechtsakte)	Fortlaufend

		und Durchführungsrechtsakte)	
Ausstiegsoptionen für Investoren	Die Kommission will Maßnahmen zur Unterstützung von Investoren beim Ausstieg (Exit) aus privaten Unternehmen vorlegen.	Legislativ oder nicht-legislativ	Q3 2026
Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für Verbriefungen	Die Kommission will den EU-Rechtsrahmen für Verbriefungen überarbeiten. Im Fokus stehen die Sorgfaltspflichten, Vorgaben zur Transparenz und aufsichtliche Anforderungen für Banken und Versicherungen.	Legislativ	Q2 2025
Binnenmarktbarrieren	Die Kommission will einen Kanal einrichten, über den Marktteilnehmer Binnenmarktbarrieren melden können. Deren Beseitigung will sie über verstärkte Durchsetzungsmaßnahmen angehen.	Nicht-Legislativ	Q2 2025
Handels- und Nachhandelsinfrastrukturen	Die Kommission will ein Paket an Maßnahmen zum Abbau von Binnenmarkthindernissen bei Handels- und Nachhandelsinfrastrukturen vorlegen. Dabei sollen Vorschriften für Zentralverwahrer, zu Finanzsicherheiten, zur Abrechnung von Wertpapiergeschäften und zur Struktur der Handelsmärkte überarbeitet werden.	Legislativ	Q4 2025
Vermögensverwalter	Die Kommission will Maßnahmen zum Abbau von operativen Hemmnissen für Vermögensverwalter, die in einer Gruppenstruktur in mehreren Mitgliedstaaten aktiv sind, vorlegen. Auch will sie Hindernisse für den grenzüberschreitenden Vertrieb von in der EU zugelassenen Investmentfonds beseitigen.	Legislativ	Q4 2025
Aktionärsrechte	Die Kommission will die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Richtlinie über Aktionärsrechte prüfen.	Legislativ	Q4 2026
Europäisierung der Finanzaufsicht	Die Kommission will Vorschläge für eine einheitlichere Beaufsichtigung der Kapitalmärkte und zur Verlagerung bestimmter Aufsichtskompetenzen auf die EU-Ebene vorlegen.	Legislativ	Q4 2025
Europäische und nationale Finanzaufsicht	Die Kommission ruft die europäischen und nationalen Finanzaufsichtsbehörden dazu auf, zur EU-Agenda zur Vereinfachung und zur Verringerung administrativer Lasten beizutragen.	Nicht-legislativ	Fortlaufend
Stärkung der Aufsichtskonvergenz	Die Kommission will Maßnahmen zur Stärkung der Instrumente zur Aufsichtskonvergenz vorlegen.	Legislativ	Q4 2025
Einlagensicherung und Krisenmanagement	Die Kommission drängt das Europäische Parlament zu einer raschen Einigung zu den Vorschlägen zur Einlagensicherung und zum Krisenmanagement (CMDI-Paket). Ferner will sie die Arbeiten an der Einrichtung eines europäischen Einlagenversicherungssystems (EDIS) vorantreiben.	Legislativ	Fortlaufend
Situation des Bankensektors	Die Kommission will einen Bericht zur Lage des Bankensektors vorlegen, inklusive einer Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit des Sektors.	Nicht-Legislativ	2026